

Ergebnisprotokoll

der 16. Sitzung des Inklusions-Fachbeirates im Rhein-Sieg-Kreis am 24.01.2024

Teilnehmende: siehe beigefügte Teilnehmerliste
Ergebnisprotokoll: Marvin Scholtz

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Herr Wingender begrüßte die Mitglieder des Inklusions-Fachbeirats.

Es erfolgte eine kurze Vorstellungsrunde.

Herr Rohwedder meldete aus aktuellem Anlass das Thema „Fehlende Kommunikationsmöglichkeiten für Gehörlose“ als weiteren TOP an. Das Thema wird als neuer TOP 4 eingeschoben; die weiteren Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

TOP 2: Protokoll vom 18.10.23

Das Protokoll über die Sitzung vom 18.10.23 wurde ohne Änderungs- oder Ergänzungswünsche verabschiedet.

TOP 3: Treffen mit den Behindertenbeauftragten der Städte und Gemeinden am 20.03.2024 (Stand der Vorbereitung)

Herr Wingender fragte die Beiratsmitglieder, ob der Fragebogen sowie das Einladungsanschreiben von allen akzeptiert wird. Frau Lübbert erläuterte den Sachverhalt und ergänzte, dass die Termine bei den jeweiligen Behindertenbeauftragten der Kommunen reserviert seien. Bei dem Treffen mit den Behindertenbeauftragten solle eine Vorstellungsrunde erfolgen. Herr Wingender werde zudem auch Themen und Projekte des Inklusionsbeirates vorstellen. Damit bei dem Treffen am 20.03.2024 ausreichend Zeit für einen Austausch verbleibe, soll der Fragebogen den Behindertenbeauftragten mit der Einladung übersandt werden. Die Beauftragten werden gebeten, den ausgefüllten

Fragebogen der Geschäftsstelle des Inklusions-Fachbeirats vorab zuzusenden. Die Rückläufe werden bereits vor dem Treffen seitens der Geschäftsstelle ausgewertet und zusammengefasst. Die Ergebnisse werden in der Sitzung vorgestellt.

Weiterhin betonte Frau Lübbert die Relevanz des Treffens mit den Behindertenbeauftragten, da der Beirat vielseitige Themen behandle und diese auch für die Kommunen im Rhein-Sieg-Kreis von großer Bedeutung seien.

Herr Hirschmann fragte, ob alle Behindertenbeauftragten der Kommunen eingeladen werden. Herr Wingender bestätigte, dass alle 19 Kommunen und deren Behindertenbeauftragte eingeladen würden.

Da nicht alle Mitglieder den Fragebogen des Beirates vor der Sitzung erhalten haben, stellte Frau Lübbert den Inhalt des Fragebogens vor und ergänzte, dass dieser im Nachgang allen Mitgliedern zugesendet werde.

Herr Wingender informierte, dass der Fragebogen den Behindertenbeauftragten in Vorfeld zur Verfügung gestellt werde. Somit sei in der Sitzung genügend Zeit für einen Austausch. Da ansonsten, wenn sich die 19 Kommunen vorstellen, zu wenig Zeit verbleiben würde.

TOP 4: Fehlende Kommunikationsmöglichkeiten für Gehörlose

Herr Rohwedder berichtete von einem aktuellen gesellschaftlichen Problem. Es sei zu beobachten, dass aufgrund von u. a. Fehlmeldungen und Fake News über die derzeitige politische Situation (z. B. bei den Bauernprotesten) viele Personen, insbesondere auch gehörlose Menschen, aufgrund von Unwissenheit über den Wahrheitsgehalt der Nachrichten der Partei Alternative für Deutschland (AfD) beitreten und das, obwohl die AfD keinen aktiven Beitrag für gehörlose Menschen leiste. Herr Rohwedder ergänzte, dass für gehörlose Personen kaum „richtige“ Meldungen erkennbar seien und führte dies insbesondere auf die nicht barrierefreie Kommunikation zurück. Es fehle an der selbstverständlichen und parallelen Übersetzung von Nachrichten z.B. der öffentlich-rechtlichen Sender in Deutsche Gebärdensprache. Herr Rohwedder nannte als Beispiel die Trauerveranstaltung des Politikers Wolfgang Schäuble. Bei dieser Veranstaltung sei zwar eine Übersetzung in die Gebärdensprache erfolgt, diese sei aber nicht im TV übertragen bzw. gezeigt worden. Herr Rohwedder gab an, er empfinde diese Entwicklung als sehr besorgniserregend und appellierte an die Politik, dass mehr barrierefreie Kommunikation für alle zugänglich sein müsse, um auch Fake News von „richtigen“ Nachrichten unterscheiden zu können.

Herr Wingender schlug vor, dieses Thema als TOP bei den Treffen mit der Politik am 15.05.2024 einzubringen. Herr Rohwedder entgegnete jedoch, dass ein Termin in Mai zu spät sei, da bereits jetzt circa 1.000 Personen aufgrund von Fake News der AfD beigetreten seien und sofortiger Handlungsbedarf bestehe.

Herr Kröder ergänzte, dass Gehörlose nicht zwischen Realen News und Fake News aufgrund von fehlender barrierefreie Kommunikation (dolmetschen) unterscheiden könnten und dieses Problem insbesondere durch soziale Netzwerke jüngere Personen betreffe.

Frau Thiel erklärte das Problem zu erkennen, alle Gruppierungen müssten entsprechend für das Thema sensibilisiert werden. Sie ergänzte, dass es aktuell in vielen Städten Demonstrationen „gegen Rechts“ gäbe, auch im Rhein-Sieg-Kreis, bei denen auch Bundes- und Landespolitiker vertreten seien.

Frau Wingender erläuterte, dass genau für solche Belange der Inklusions-Fachbeirat da sei und ein „ausdrückliches“ Schreiben versendet werden müsse und um Stellungnahme gebeten werden solle. Es dürfe nicht an den Kosten für die Übersetzung in Gebärdensprache scheitern.

Herr Wingender schlug vor, die Parteien und Kreistagsfraktionen anzuschreiben und deutlich zu machen, dass ein Dolmetscher immer zur Verfügung stehen müsse. Herr Kröder schloss sich dem Vorschlag von Herrn Wingender an.

Frau Thierfeldt wies darauf hin, dass junge Menschen die u. a. zur AfD gingen, nicht gleichzeitig auch alle bei den Demonstrationen vertreten seien. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie man ansonsten noch die junge Generation erreichen könne und ergänzte wie wichtig es sei, hier die Aufklärung durch Dolmetscher und in Leichter Sprache voranzutreiben. Frau Klee machte deutlich, dass es einen Faktencheck in Gebärdensprache geben müsste, der z. B. in den sozialen Netzwerken aktiv sei.

Herr Rohwedder teilte mit, dass es eine solche Initiative beim Deutschen Gehörlosenbund gebe. Dieser sei jedoch nur mit einer Stelle besetzt, was viel zu wenig sei. Inklusion für Gehörlose funktioniere nur über Dolmetscher, daher sei es umso wichtiger, dass bei politischen Veranstaltungen Dolmetscher verpflichtend eingesetzt würden. Er selber habe sich bereits für die Mitarbeit in der Politik interessiert, habe aber noch keine Unterstützung dahingehend erhalten, dass die entsprechende Partei dann einen Gebärdensprachdolmetscher für seine Mitwirkung bereitstelle.

Herr Grünhage kommentierte, dass in diesem Sachverhalt mehrere Stellen aufeinandertreffen und er auch schon selber versucht habe, das Thema in der Politik voran zu bringen. Den Ansatz, dieses Thema mit in die Politik zu nehmen

fand Herr Grünhage aber für richtig und ergänzte, dass insbesondere ein Austausch von beiden Seiten wichtig sei. Dolmetscher für jede politische Veranstaltung zu buchen, wäre auf Dauer zu teuer, sofern nicht bei jeder Veranstaltung z. B. gehörlose Menschen anwesend seien. Ebenfalls bestätigte Herr Grünhage die Haltung, dass bei den öffentlich-rechtlichen Medien Dolmetscher dauerhaft implementiert werden müssten, zum einen aus Sicht der Teilhabe aber auch um die Nachrichten von Fake News unterscheiden zu können.

Die Mitglieder des Inklusions-Fachbeirats verständigten sich darauf, dass ein entsprechendes Schreiben von Seiten des Vorsitzenden an die politischen Gremien erfolgen soll. Zusätzlich regte Herr Wingender an, das Thema trotz des Schreibens beim Treffen mit der Politik am 15.05.2024 anzusprechen.

TOP 5: Vorbereitung des Treffens mit Vertreterinnen und Vertretern der Kreistagsfraktionen am 15.05.24

Herr Wingender wies auf das bereits unter TOP 4 erörterte Thema hin, das aufgegriffen werden solle.

Frau Büsch schlug vor, dass Thema der sozialen Begegnungsstätten (Cafés) mit und für Menschen mit Handicap anzusprechen, um zu verdeutlichen wie wichtig dieser geschützte Rahmen insbesondere für Menschen mit einer psychischen Behinderung sei.

Frau Lübbert stellte das Projekt „Stille Stunde“ vor und ergänzte, dass man für dieses Projekt in den Supermärkten werben müsse. Sie erläuterte es bestehe die Überlegung, das Projekt Stille Stunde von der Initiative „gemeinsam zusammen e.V.“ auch bei dem Treffen mit den Vertreterinnen und Vertretern der Kreistagsfraktion vorzustellen und hierzu eine Vertreterin oder einen Vertreter der Initiative einzuladen.

Herr Hirschmann regte an, die Thematik rund um das „49-Euro-Ticket“ der Deutschen Bahn (DB) ebenfalls mit in das Treffen zu nehmen. Es sei besonders schwierig, verständliche Informationen für alle Personengruppen der Bahnreisenden zu erhalten. Es fehle hier an Informationen in Leichter Sprache. Herr Wingender kommentierte, dass für solche Informationen auch die Mobilitätsservice-Zentrale (MSZ) der DB einen solchen Service anbiete.

Die Mobilitätsservice-Zentrale (MSZ) ist wie folgt zu erreichen:

- Telefon: 030 65212888
- E-Mail: msz@deutschebahn.com
- Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 6-22 Uhr, Samstag, Sonntag und an bundeseinheitlichen Feiertagen 8-20 Uhr

Als weiteren Vorschlag nannte Herr Hirschmann die Problematik mit den E-Scootern, welche „wild“ auf den Gehwegen abgestellt würden und Menschen mit Seh- oder Gehbehinderungen und Personen mit Kinderwägen oder Rollatoren den freien Weg versperrten. Herr Wingender informierte, dass er diesbezüglich im Februar einen Termin bei der Stadt Sankt Augustin habe, wo es inhaltlich um eine App ginge, die Personen informiere, wenn etwas den Gehweg behindere. Er bestätigte auch, dass E-Scooter nur an bestimmten Sammelplätzen abgestellt werden sollten. Herr Grünhage wies darauf hin, dass es nicht im gesamten Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises dieses Problem gebe, da nicht überall E-Scooter zur Verfügung stünden. Es sei primär ein ordnungsrechtliches Problem der Kommunen und er schlage vor, dieses Thema bei dem Treffen mit den kommunalen Behindertenbeauftragten anzusprechen.

Frau Büsch teilte mit, es gäbe auch Probleme hinsichtlich digitaler Bandansagen bei z. B. öffentlicher Institutionen. Menschen mit psychischen Erkrankungen gelinge es nicht, aufgrund der Einschränkung, „Roboter“-anweisungen nachzuvollziehen. Für diesen Personenkreis seien persönliche Ansprechpartner besonders wichtig. Herr Rohwedder ergänzte, dass Menschen mit Hörbehinderungen generell nicht telefonieren könnten. Herr Wingender gab zu bedenken, dass der Beirat hier nur begrenzt Einfluss nehmen könne und auch der Zuständigkeitsbereich der Kreis-Politik nur in gewissen Maße gegeben sei. Frau Lübbert plädierte dafür dieses Thema dennoch mit der Politik anzusprechen um für die Problematik zu sensibilisieren.

Frau Klee warb dafür, nur konkrete und handfeste Projekte und Ideen bei dem Treffen am 15.05.2024 vorzustellen z. B. das Projekt „Stille Stunde“. Herr Wingender entgegnete, dass der Beirat auch nicht handfeste Themen in die Politik spielen muss, auch um die Politik für gewisse Bereiche (Inklusion und Teilhabe) zu sensibilisieren.

Frau Barczewski möchte gerne bei dem Treffen das Thema Wohnraum für Menschen mit Behinderung einbringen. Herr Wingender bestätigte diese Ansicht und schlug vor, weitere Themenvorschläge der Geschäftsstelle der Behindertenbeauftragten, an Frau Michaelis, im Nachgang zu zusenden.

TOP 6: Bericht aus den Fachausschüssen

Folgende Ausschüsse haben seit der letzten Sitzung des Inklusions-Fachbeirates getagt:

07.11.2023 Ausschuss für Inklusion und Gesundheit

Herr Wingender berichtete, dass keine relevanten Themen aus Sicht des Beirates vorgesehen waren.

20.11.2023 Ausschuss für Wirtschaft, Digitalisierung und Tourismus

Herr Schupp konnte aufgrund einer zu kurzfristigen Einladung nicht an diesem Fachausschuss teilnehmen.

22.11.2023 Ausschuss für Kultur und Sport

Herr Wingender war aufgrund persönlicher Ereignisse verhindert.

23.11.2023 Ausschuss für Soziales und Integration

Dieser Ausschuss wurde nicht besucht.

29.11.2023 Ausschuss für Planung und Verkehr (mit der Stadt Bonn)

Dieser Fachausschuss wurde ebenfalls nicht besucht.

Herr Schupp informierte über seine Teilnahme an einem Ausschuss für Planung und Verkehr im letzten Jahr. Dort sei unter anderem über die Pendlerrouen für Fahrradfahrer gesprochen worden. Offengeblieben sei, ob bei gleicher Nutzung durch Fußgänger deren Interessen bei der Planung mitberücksichtigt würden. Frau Lübbert informierte in diesem Zusammenhang, ein Vertreter des zuständigen Fachamtes habe seine Bereitschaft erklärt, in einer der nächsten Sitzungen über die Planung von Fahrradwegen zu informieren, ggf. in der Sitzung am 21.08.2024. In dieser Sitzung könne auch Frau Gloge vom Fachbereich Verkehr und Mobilität über aktuelle Entwicklungen der barrierefreien Haltestellen im ÖPNV berichten.

Im Anschluss erfolgte eine Diskussion über den generellen Ablauf von und die Fristen zur Einladung zu Fachausschüssen sowie die Frage der barrierefreien Kommunikation vor Ort, hinsichtlich der Übersetzung in die Gebärdensprache.

Frau Lübbert erläuterte, dass bei Teilnahme z.B. von Herrn Rohwedder an Fachausschüssen im Rhein-Sieg-Kreis ein Dolmetscher über die Geschäftsstelle der Behindertenbeauftragten beauftragt werden könne. Die Anmeldung sei jedoch mit Vorlaufzeit einzuplanen. Die Kosten übernehme der Rhein-Sieg-Kreis. Frau Lübbert betonte, dass bei den Fachausschusssitzungen unangemeldete Wortmeldungen nicht zulässig seien. Frau Thiel informierte, dass die Fristen zur Einladung dem Kreistagsinformationssystem zu entnehmen seien.

- Die Einladung zu den Ausschusssitzungen sollen mindestens 7 Tage vor der Sitzung den Ausschussmitgliedern zugehen.

TOP 7: Mitglied mit Mobilitätseinschränkungen und Mitglied mit Suchterkrankungen im Inklusions-Fachbeirat

Herr Wingender stelle Frau Barczewski dem Beirat vor. Frau Barczewski übernimmt als Mitglied die Vertretung von Menschen mit Mobilitätseinschränkungen. Sie ist zudem Beraterin bei der EUTB des Paritätischen und kann Ihre Erfahrung aus der Beratungsarbeit einbringen. Mitglied im Beirat ist sie jedoch als Privatperson. Eine Vertreterin oder ein Vertreter für Menschen mit Suchterkrankungen konnte bisher noch nicht gefunden werden. Frau Schliesing teilte mit, sie sei weiter aktiv auf der Suche. Frau Klee sagte zu, die Suche von Frau Schliesing zu unterstützen.

TOP 8: Verschiedenes und Aktuelles

Projekt Stille Stunde

Herr Wingender und Frau Lübbert stellten kurz die Eckpunkte des Projektes „Stille Stunde“ vor, welches von dem Verein „gemeinsam zusammen e.V.“ getragen wird. Auf die Diskussion zum Projekt bei TOP 5 wird verwiesen.
Ein Flyer des Projekts „Stille Stunde“ ist dem Protokoll beigelegt.

Wegweiser für Menschen mit Behinderungen

Frau Lübbert informierte über die digitalen Versionen des Wegweisers für Menschen mit Behinderungen; diese seien nun auch barrierefrei im Pdf-Format und in Leichter Sprache auf der Homepage des Rhein-Sieg-Kreises zu finden:
<https://www.rhein-sieg-kreis.de/gesundheit-soziales/behinderung-inklusion/wegweiser-fuer-menschen-mit-behinderung.php>

Die nächste Sitzung des Inklusions-Fachbeirates findet am 20.03.2024 statt.